Breites Frauenbündnis trägt Kampagne „Ich bin mehr wert“

In Deutschland verdienen Frauen derzeit rund 22 Prozent weniger als Männer – und diese Schere geht weiter auseinander. Fünfzig Jahre nach Inkrafttreten des Gleichberechtigungsgesetzes in Deutschland und der Einführung des Prinzips des gleichen Lohns für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit in den Römischen Verträgen existiert nach wie vor eine deutliche Kluft in der Bezahlung von Frauen und Männern. Dabei ist die derzeitige Frauengeneration im erwerbsfähigen Alter die bisher am besten ausgebildete aller Zeiten. Sowohl die private Wirtschaft als auch der öffentliche Dienst betonen, dass sie auf diese hoch- und höchstqualifizierten Kräfte nicht mehr verzichten können. Es ist daher Zeit, dass sich diese Entwicklung auch beim Entgelt widerspiegelt.

In der Familienpolitik ist schon lange klar: Ohne eine engagierte Politik aller Beteiligten wird es auch in der Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt nicht voran gehen. Bessere öffentliche Kinderbetreuung führt aber nicht automatisch zu einer besseren Bezahlung von Frauen. Was wir brauchen ist ein Dreiklang aus Entgeltgleichheit, Karrierechancen und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dabei sind alle gesellschaftlichen Kräfte gefordert zu handeln.
Zum Internationalen Frauentag am 8. März 2008 hat der DGB mit seinen Mitgliedsgewerkschaften unter dem Motto „Ich bin mehr wert“ eine Kampagne gestartet. Zielsetzung: Die Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen konsequent reduzieren. Mehr dazu auch in der Juli-Ausgabe von Deutsche Polizei.

Materialien und Informationen

www.dgb-frauen.de
www.frauenrat.de
www.bpw-germany.de
www.rotetasche.de
www.equalpayday.de
www.vmf-online.de

Zahlen, Daten, Fakten

1908

Mit dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes dürfen sich Frauen in Deutschland erstmals in politischen Vereinen und Parteien engagieren.
100 Jahre später haben Frauen schon fast alles erreicht, an der Spitze des Staates steht eine Bundeskanzlerin, eine Präsidentin des Verfassungsgerichts gab es mit Jutta Limbach bereits und mit Annemarie Renger und Rita Süssmuth auch zwei Bundestagspräsidentinnen. Fehlen nur noch eine Bundespräsidentin und eine Bundesratspräsidentin.
Trotz der Besetzung höchster Partei- und Staatsämter mit Frauen können wir noch lange nicht zufrie-

THEMEN:

DGB-Frauen-Kampagne „Ich bin mehr wert“

Zahlen, Daten, Fakten

GdP-Frauen vor Ort

Aus der Bundesfrauengruppe

Termine /Veranstaltungen

Zur Person

Literaturtipp

Linktipps

den sein - erinnern wir uns nur der hitzigen Debatte um die „Vätermonate“ beim Elterngeld oder betrachten wir die immer wieder aufflammende Diskussion über die „Herdprämie“.

1958

Das Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts tritt in Kraft. Das Alleinentscheidungsrecht des Mannes in der Ehe wird gestrichen. Frauen dürfen ohne Erlaubnis des Mannes arbeiten - aber nur, wenn sie ihre häuslichen Pflichten nicht vernachlässigen.

Sachverständigenkommission für Gleichstellungsbericht nimmt Arbeit auf

Am 23. Juni 2008 traf sich die achtköpfige Sachverständigenkommission für den Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zu ihrer ersten Sitzung. Der Bericht wird, ähnlich wie der Bericht zur Situation der Familien in Deutschland, einen Überblick über die Situation von Frauen und Männern in Deutschland vorlegen und Handlungsempfehlungen aussprechen.
http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/gleichstellung,did=111262.html

GdP-Frauen vor Ort

GdP-Frauen aus Bawü im Europaparlament in Straßburg

Am 12. Dezember konnten 14 GdP-Kolleginnen aus ganz Baden-Württemberg an einer Fahrt zur politischen Bildung nach Straßburg teilnehmen. Auf dem Programm standen Gespräche mit französischen Gewerkschaftern zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, ein Meinungsaustausch zu Gleichstellungsfragen mit der Europaabgeordneten Evelyne Gebhardt (SPD) sowie der Besuch einer Plenarsitzung im EU-Parlament.

01. März 2008 Arbeitnehmerinnenempfang in Stuttgart
Im Vorfeld des internationalen Frauentags fand am 01. März in Stuttgart der 3. Arbeitnehmerinnenempfang der Gewerkschaftsfrauen statt. Schwerpunktthema der Veranstaltung war das Motto des diesjährigen Frauentags: „Frauen sind mehr wert“. Noch immer verdienen Frauen im Durchschnitt ein Viertel weniger als Männer und noch immer gelingt

GdP-Frauen aus Baden-Württemberg beim Arbeitnehmerinnenempfang

es vielen Frauen nicht, sich mit ihrem Einkommen ein eigenständiges Auskommen zu sichern. Deshalb müssen Frauen auch 60 Jahre nach der Verankerung der Gleichberechtigung im Grundgesetz weiter für ihre Rechte kämpfen - und dabei auch ihren „ihren Wert“ deutlich machen.

Aus der Bundesfrauengruppe

Arbeitstagung mit sozialpolitischem Schwerpunkt

Referate und Diskussionen zu Elterngeld/Elternzeit und zu Pflegereform/Pflegezeitgesetz standen auf der Tagesordnung der diesjährigen Arbeitstagung der Frauengruppe (Bund) Ende Januar in Düsseldorf. Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut

gab einen gewerkschaftspolitischen Situationsbericht mit dem Schwerpunkt „Sozialpolitik“. Elke Gündner-Ede, im Geschäfts-führenden Bundesvorstand u.a. zuständig für Frauen- und Gleichstellungspolitik, gab Auskunft zur Entgeltgleichheit, informierte über einen Workshop des DGB-Bundesfrauenausschusses zu diesem Thema und erläuterte die Handlungsfelder, die sich für die GdP daraus ergeben. Als wichtigen Schritt bezeichnete sie die im Dezember 2007 erfolgte Benennung eines Gender-Teams in der Tarifkommission der GdP. Die Frage der Entgeltgleichheit im TVöD und TV-L wird im Wesentlichen von der noch zu verhandelnden Entgeltordnung abhängen.

AG „Menschenhandel“ veranstaltet Fachgespräch

Auf der Suche nach neuen Instrumenten im Kampf gegen Menschenhandel hatte die GdP bereits 2006 auf Antrag der Frauengruppe (Bund) beschlossen, sich u.a. für eine bundesweit einheitliche behördliche Genehmigungspflicht für Prostitutionsstätten einzusetzen. Derzeit unterscheidet sich nämlich die Praxis der Verwaltungs- und Polizeibehörden im Umgang mit dem Prostitutionsgesetz sogar innerhalb der Bundesländer deutlich voneinander. Konzepte zur Umsetzung, wie sie in Dortmund oder Hannover in der Zusammenarbeit unterschiedlicher Behörden entstanden sind, bilden bisher die Ausnahme.
Daher lud die Frauengruppe (Bund) Mitte März einige Expertinnen und Experten zu einem Fachgespräch ein, um zu diskutieren wie eine Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten ausgestaltet sein sollte und in welcher Form sie zur Schaffung eines Hellfeldes sowie zur Herstellung von Rechtssicherheit beitragen kann. Einig waren sich die Fachleute, die aus der Perspektive von Polizei, Staatsanwaltschaft, Steuerfahndung, Ordnungsamt, Gesundheitsbehörde und Fachberatungsstellen berichteten, dass die derzeitige Rechtslage dem Gefahrenbild des Milieus nicht gerecht wird. Eine Genehmigungspflicht würde notwendige Bedingungen festschreiben, deren Einhaltung durch die unterschiedlichen Ordnungsbehörden kontrolliert werden könnten.
Dadurch erhielten die Behörden Zugang zum Milieu und Opfern von Menschenhandel die Chance, sich erkennen zu geben.
Die Strafverfolger schätzen an einer Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten in erster Linie die Möglichkeit, Transparenz im Milieu zu schaffen, das legale Gewerbe zu stärken sowie den Schutz von Prostituierten und Kunden zu verbessern. Für Fachberatungsstellen, Ordnungs- und Gesundheitsämter steht eher die Schaffung einheitlicher Mindeststandards im Vordergrund, darunter bauliche Auflagen und hygienische Vorgaben. Auch die Sicherung von Arbeitsnehmerrechten, die Geltung der Arbeitsstättenverordnung sowie die Einhaltung vertraglicher Vereinbarungen sollten aus ihrer Sicht gewährleistet werden.
Klar wurde im Fachgespräch auch: Erst im Zuge einer Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten, unter denen der Freier dann zwischen legalen Betrieben und illegalen Orten wählen könnte, macht eine Diskussion über die Einführung eines Straftatbestandes zur Verfolgung von Freiern von Zwangs- prostituierten Sinn.
Im Ergebnis sah sich die Frauengruppe (Bund) in

Erika Krause-Schöne im Gespräch mit zwei Experten, KHK Jörg Makel und EKHK Heiner Minzel.

ihrer Auffassung bestätigt: Nicht nur aus Sicht der Strafverfolgung besteht Regelungsbedarf, sondern auch aus der Perspektive der Finanz-, Gesundheits- und Baubehörden sowie des Arbeitsschutzes. Angereichert mit den Erkenntnissen des Fachgespräches wurde das Positionspapier der Frauengruppe (Bund) „Handeln gegen Menschenhandel – veränderte Bedingungen, aktuelle Herausforderungen“ (November 2007) ergänzt – und inzwischen auch vom Geschäftsführenden Bundesvorstand zustimmend zur Kenntnis genommen. (vgl auch DP 6/2008)
Das Positionspapier steht im Internet zum Download zur Verfügung unter
http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/Posa

Neues Logo für die Frauenarbeit in der GdP

Ein neues Logo steht seit Ende letzten Jahres für die Frauenarbeit in der GdP. Auf Antrag der Frauengruppe (Bund) hatte der Bundeskongress in Berlin 2006 beschlossen, ein zeitgemäßes Logo erstellen zu lassen, das künftig für Publikationen und Werbemittel genutzt werden kann – und natürlich auch den Kopf des Newsletters der Frauengruppe (Bund) ziert.

Neu:

GdP-Ratgeber für werdende Eltern

Elterngeld und Erziehungszeit sollen Männern und Frauen künftig die Entscheidung für ein Kind erleichtern – besonders dann, wenn sie mitten im Berufsleben stehen. Daher stehen diese Regelungen im Mittelpunkt des neuen Ratgebers, mit dem die GdP die werdenden Eltern im Kreis unserer Kolleginnen und Kollegen bei ihren (finanziellen) Planungen für diese neue Phase in ihrem Leben unterstützen möchten.
Sicher wird dieser kleine Ratgeber einige Fragen im Vorfeld der Geburt eines Kindes beantworten. Darüber hinaus kann er auch Anlass sein, miteinander ins Gespräch zu kommen über die bestehenden Möglichkeiten und konkreten Ideen, wie wir Beruf und Familie besser in Einklang bringen. Auch dafür engagiert sich die GdP!
Der Ratgeber kann über die Landesbezirke und Bezirke bezogen werden. Zur Verfügung steht der Ratgeber auch im Mitgliederbereich/Ressort

Termine/Veranstaltungen

2./3. September 2008
Sitzung des Vorstandes der Frauengruppe (Bund)

19./20. November 2008
Jubiläumstagung: 25 Jahre GdP-Frauenarbeit

Zur Person

Interview mit Kerstin Philipp, der Frau der Tarifverträge

Dagmar Hölzl: Liebe Kerstin, einige der GdP-Frauen haben dich im April auf der 4. Tarifpolitischen Konferenz der GdP kennengelernt, andere haben deinen Namen und dein Bild in DEUTSCHE POLIZEI gesehen - als Akteurin der GdP bei den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes, die mit einem bemerkenswert guten Ergebnis abgeschlossen wurden. Aber wer steckt hinter dem Namen und dem Bild?

Kerstin Philipp

Kerstin Philipp: Ich bin 45 Jahre alt, komme aus Sachsen – Anhalt, bin aber schon 28 Jahre in Berlin. Hier bin ich seit 1981 in der Berliner Polizei, freigestellt seit 1992 und damals erste Frau an der Spitze des Personalrates einer Poli-

zeidirektion. Ohne meinen Ehemann, einen Schutzpolizisten, könnte ich meine Arbeit gar nicht so intensiv erledigen. Unsere Tochter (25) befindet sich noch im Studium. Meine tolle Familie und meine tollen Personalratskolleginnen und -kollegen halten mir im täglichen Dienst oft den Rücken frei. Aber auch mein Landesbezirk Berlin unterstützt seine stellvertretende Vorsitzende. Mein Job ist in jeder Beziehung eine sehr intensive Teamarbeit.
Seit 2002 bin ich stellvertretende Bundesvorsitzende der GdP und im Geschäftsführenden Bundesvorstand für Tarifpolitik zuständig. Neben der Zusammenarbeit mit der Großen Tarifkommission ist ein weiterer Aufgabenbestandteil die Teilnahme an den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes als Vertreterin der GdP.

Dagmar Hölzl: Tarifpolitik galt immer als Männerdomäne. Bist du die große Ausnahme als Frau bei den Tarifverhandlungen?
Kerstin Philipp: Nein, heute nicht mehr. Aber das liegt vielleicht auch am öffentlichen Dienst. Doch die Frauenquote auf Arbeitgeberseite ist eindeutig geringer ist als auf der Gewerkschaftsseite. Bei den Gewerkschaften ist es schon selbstverständlicher, dass Frauen auch das Feld der Tarifpolitik beackern, im Vorstand dafür zuständig oder Landesbezirksleiterin sind.

Dagmar Hölzl: Vielen Dank für das Gespräch, liebe Kerstin. Da uns im kommenden Jahr erneut Tarifverhandlungen ins Haus stehen, melden wir uns schon jetzt für ein weiteres Interview bei dir an – dann wüssten wir gern mehr über deren Ablauf.

Literaturtipp

Mario Vargas Llosa
Das böse Mädchen

Roman, 395 Seiten, Gebunden Euro 24,80. Als er sie zum erstenmal sieht, tanzt sie den Mambo wie keine andere, damals in Miraflores, Sommer 1950. Sie ist, wie er, fünfzehn Jahre alt – aber was für Freiheiten nimmt sie sich heraus! Wie aufregend wenig bekümmert sie all das, was man in diesem steifkatholischen Lima tut oder nicht tut. Und dann ist sie plötzlich von einem Tag auf den anderen verschwunden. Die Erinnerung an das »böse Mädchen« und ihr geheimnisvolles Anderssein läßt Ricardo nicht mehr los. Mario Vargas Llosa erzählt das Rätsel einer Beziehung, deren Unglück und Glück, untrennbar, wie ein Verhängnis über den Liebenden liegt.

Unwort des Jahres 2008
“Herdprämie“

Linktipps

Gender - Chefetagen in Männerhand
Frauen sind in Vorständen und Aufsichtsräten deutscher Konzerne die Ausnahme. Daran hat sich in den vergangenen Jahren nichts geändert.
mehr: http://www.boeckler.de/32014_90976.html

Männer - mehr Schulden, mehr Vermögen
Männer haben viel mehr Vermögen als Frauen, zeigt eine Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).
mehr: http://www.boeckler.de/32014_90978.html

Sozialstaat - Familie zähmt Egoismus der Generationen
Der Generationenkonflikt ist eher ein Mythos als Realität. Sozialwissenschaftler finden keine Anzeichen für ein Gegeneinander von Jung und Alt.
mehr: http://www.boeckler.de/32014_90971.html

Europa aus Gender-Perspektive
In einem Vergleich aller 27 EU-Mitgliedstaaten präsentiert das Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie (GWI) frauen- und geschlechterpolitische Ansätze und Aktivitäten sowie zukunftsweisende geschlechterpolitische Initiativen, Maßnahmen und Instrumente der EU vorgestellt. Weitere Schwerpunkte: Feminismus & Geschlechterdemokratie, Frieden & Sicherheit, Selbstbestimmtes Leben und Gender-Beratung. Geplant ist, die Homepage zum Online-Wissensportal für Geschlechterdemokratie auszubauen.
mehr: http://www.gwi-boell.de

Impressum
Herausgeberin:
Frauengruppe (Bund) der Gewerkschaft der Polizei
Dagmar Hölzl, Stromstr. 4, 10555 Berlin